

Interdependenzen von Staat und Wirtschaft im Kapitalismus als Problem reformstrategischer Überlegungen

Ein Literaturbericht

Prof. Dr. Helga Grebing, geboren 1930 in Berlin, zahlreiche Veröffentlichungen über Fragen des Nationalsozialismus, des Konservatismus und der Arbeiterbewegung. Seit 1971 Professor für Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Universität Göttingen.

Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft im Kapitalismus hat, obwohl das Kernproblem jeder Transformations- oder genauso jeder Status-quo-Bewahrungsstrategie, bisher noch keine systematische Aufarbeitung gefunden, die historisch fundiert und zugleich den Ansatz zu einer allgemeinen Theorie erbracht hätte. Meist ist es bei der Versicherung geblieben, daß nichts dazu zwingt,

20) Vgl. Katterle, Siegfried, Ökonomische Stabilisierung und gesellschaftliche Macht: Zur Kritik der Stabilisierungskonzeption des Sachverständigenrates (Manuskript, erscheint demnächst in Wirtschaftswoche/Der Volkswirt).

den Satz der marxistischen Klassiker, der Staat, die organisierte und konzentrierte Gewalt, der Gesellschaft, sei der Ausschluß, das Instrument der jeweils herrschenden Klasse, der jeweils herrschenden Fraktion der kapitalistischen Bourgeoisie, aufzugeben oder zu modifizieren.

Selbst argumentativ so differenziert ansetzende und perspektivreiche Untersuchungen wie die von Müller und Neusiß¹⁾ abstrahieren von der historischen Entwicklung der materiellen Verhältnisse jeweils als Ausgangsbasis für die Analyse der Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft und beschränken sich — insofern völlig unmaterialistisch — auf die bloße Auswertung der Theorien über das Verhältnis von Staat und Wirtschaft, um zunächst eine Pseudorealität herzustellen und sie nachfolgend zu kritisieren.

Andere Angebote, die gefragte Analyse zu liefern, haben von vornherein deshalb einen nur begrenzten analytischen Wert, weil sie sich selbst funktional bestimmen. Die Analyse ist nicht die Voraussetzung für eine bestimmte, d. h. aus ihr abzuleitende Nutzenanwendung, sondern die postulierte Nutzenanwendung ist die Voraussetzung der Analyse, die die als normative Größe eingesetzte Nutzenanwendung pseudo-empirisch zu bestätigen hat.

Eine solche funktionalisierte Analyse liegt den in mehrfachen Varianten vorliegenden Auflagen des Modells des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ zugrunde. Entstanden im Horizont enttäuschter Revolutionserwartungen, ging es darum, zu begründen, warum, trotz krisenhaft bedrohlicher Erscheinungen, die die Grundwidersprüche des kapitalistischen Systems widerspiegeln, das kapitalistische System bisher weder kollabierte noch revolutionär überwunden worden ist: Dies leistet die „Stamokap“-These von der „Verschmelzung“ der Macht der Monopole mit der Macht des imperialistischen Staates. Aus ihr lassen sich dann in einem nächsten Schritt revisionistische Strategien ableiten (oder durch sie lassen sie sich rechtfertigen), die denen, die erwarten und erwarten lassen, das kapitalistische System überwinden zu können, neue Aktionsspielräume zu versprechen scheinen.

Geht es um „Staat“ und „Wirtschaft“ als um zwei im Prinzip voneinander unabhängig existierende Größen, geht es nur um die Aufdeckung der jeweils historisch bedeutsam gewordenen Beziehungen zwischen ihnen, geht es um die Beschreibung der gegenseitigen Abhängigkeiten, um die Bestimmung des Verhältnisses der gegenseitigen Beeinflussung zwischen beiden? Wer so fragt, wird Staat und Wirtschaft als jeweils im Kern eigengewichtig und unabhängig voneinander definieren müssen, womöglich wollen: denn diese Bestimmung ermöglicht es, den Staat zu konstituieren als quasineutrale Instanz zur Beherrschung der divergierenden Interessen der Kräfte der Gesellschaft; er ist ihnen gewissermaßen übergeordnet, steht in seiner Wesensbestimmung, seinen Inhalten, Funktionen und Zwecken letztlich nicht zur Disposition der Gesellschaft, wenn er erst

1) Wolfgang Müller, Christel Neusiß: Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, in: Sozialistische Politik H. 6/7, 1970.

einmal, durch welchen Akt auch immer, begründet worden ist. Von diesem Gründungsakt leitet sich sein unaufrechenbares Gewaltmonopol ab, den Status quo der privaten Eigentums- und gesellschaftlichen Machtverhältnisse, wie sie beim Gründungsakt gegeben waren, zu bewahren.

Nach einer anderen, dieser entgegengesetzten Version wäre der Staat der ideale Gesamtkapitalist, der die Teilinteressen rationell, vernünftig, d. h. im Gesamtinteresse der am kapitalistischen System existentiell Beteiligten und gewissermaßen in ihrem Auftrag (und auf ihre Rechnung) und somit scheinselfständig integriert und damit die Sprengkraft der Teilinteressen beseitigt, Divergenzen wegkürzt. Der Staat hat nach diesem Verständnis seine Macht, seine Gewalt nicht etwa von Gott, aus sich heraus, wesensmäßig, sondern sie ist ihm sozusagen strikt zweckbestimmt und limitiert verliehen worden. — Eine solche „Staatstheorie“ scheint doppelt ausdeutbar: einmal zur pessimistisch-fatalistischen Bestätigung der Perpetuierungsmöglichkeiten des kapitalistischen Systems, zum anderen in optimistischer Wendung des Sachverhaltes zur Instrumentalisierung des Staates für gesellschaftspolitische Alternativen.

Alle diese Bestimmungsversuche des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft kennzeichnet eine gewisse ahistorische statische Betrachtungsweise. Die historisch bedingte Prozeßhaftigkeit, in deren Rahmen sich dieses Verhältnis jeweils erst konkret ausdrücken kann, wird ignoriert; die Möglichkeit der Einordnung beider angeblichen Konstanten in ein sie übergreifendes, jeweils neu zu beschreibendes Gesamtsystem (z. B. „Leben in der Gesellschaft“), das sie zu gegenseitig abhängigen, historisch bedingten Variablen machen könnte, wird nicht erwogen. Es bleibt im großen und ganzen bei der Wiederholung Marx'scher Theoreme wie: Die Zusammenfassung der *bürgerlichen* Gesellschaft vollziehe sich in der Form des Staates oder: die bestehende Gesellschaft sei als die Grundlage des bestehenden Staates aufzufassen (wie jede künftige jedes künftigen)²⁾, als ob nicht gerade diese Aussagen dazu auffordern würden, ja ihre „Richtigkeit“ nicht geradezu bedingen würde, sie im jeweiligen historischen Kontext erneut analytisch zu überprüfen.

Mit solchen einleitenden Bemerkungen soll nun nicht etwa die Erwartung ausgelöst werden, daß und wie das festgestellte Defizit an Analyse und Theorie aufgearbeitet, vermindert werden könnte. Wer das hier geäußerte Unbehagen teilt, der soll im folgenden auf einige Einzelarbeiten hingewiesen werden, die nicht unbedingt zum Thema gehören, zum Teil ganz andere Themen zum Gegenstand haben, aber zum Teil gerade deshalb weiterführende, relativierende oder korrigierende Auskünfte geben.

Maurice Dobb ist in der Bundesrepublik zunächst bekannt geworden durch das Bändchen aus der edition suhrkamp „Organisierter Kapitalismus“³⁾; hier

2) Siehe die entsprechenden Textstellen von Marx bei Müller, Neusüß a.a.O., S. 5.

3) Edition suhrkamp 166, 1966.

sind in fünf Aufsätzen seine Forschungen über den organisierten Kapitalismus zusammengefaßt, die auf der Auffassung von der Untrennbarkeit der wirtschaftlichen und der gesellschaftlichen Faktoren des historischen Geschehens beruhen. Dobb gehört, wie z. B. auch *Oskar Lange* und *P. M. Sweezy*, zu den marxistischen Sozialwissenschaftlern, durch die der Stillstand der ökonomischen und soziologischen Diskussion seit dem Ende der zwanziger Jahre (bedingt u. a. durch die Praxis des Stalinismus) überwunden wurde. In seinem 1946 erstmals erschienenen, nunmehr in deutscher Übersetzung vorliegenden Hauptwerk „Entwicklung des Kapitalismus“⁴⁾ führt er die Skizze über die ursprüngliche Akkumulation (die der vollen Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise zeitlich vorangeschritten ist, vgl. S. 182, 189, 224, 225), die Marx im berühmten 24. Kapitel des I. Bandes des „Kapital“ gegeben hat, vornehmlich am Beispiel Englands, dem Ursprungsland des Kapitalismus, aus. Schon Marx hatte verdeutlicht, daß die aufkommende Bourgeoisie die Staatsgewalt „braucht und verwendet ... , um den Arbeitslohn zu regulieren ... Es ist dies ein wesentliches Moment der sogenannten ursprünglichen Akkumulation“⁵⁾. Oder noch deutlicher und allgemeiner: die Bourgeoisie benutzt „die Staatsmacht, die konzentrierte und organisierte Gewalt der Gesellschaft, um den Verwandlungsprozeß der feudalen in die kapitalistische Produktionsweise treibhausmäßig zu fördern und die Übergänge abzukürzen“.⁸⁾ Das Material, das Dobb ausbreitet, macht im Hinblick auf unsere Fragestellung klar, daß der Absolutismus in dem Bestreben, seine eigene Basis zu festigen, selbst die Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise mitschafft (z. B. in England Mobilisierung von Grund und Boden) bzw. sich der Prinzipien der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft bedient (z. B. Ämterkauf in Frankreich). Der Streit in der Literatur, ob nun die absolutistische Staatsgewalt dem Interesse des aufsteigenden kapitalistischen Bürgertums entsprach oder eine Form von reaktionärer Adelherrschaft war⁷⁾, wäre demnach überflüssig: es wäre besser, von einer dialektischen Funktion des Absolutismus zu sprechen. — Das Werk von Dobb ist ungleichmäßig ausgefallen, die beiden letzten Kapitel über „Die industrielle Revolution und das 19. Jahrhundert“ und „Der Kapitalismus zwischen den Kriegen“ sind allzu summarisch geraten und (besonders das letzte Kapitel) zu sehr von der Wunschvorstellung des Verfassers, einer zeitlich absehbaren Transformation des Kapitalismus in den Sozialismus, bestimmt.

Wer daher detailliertere und weniger selektierte Informationen über die Geschichte der industriellen Revolution braucht, der sei auf die Arbeit des bekannten englischen Sozialhistorikers *Eric J. Hobsbawm* verwiesen: *Industrie und Empire* Bd. 1, 2, *Britische Wirtschaftsgeschichte seit 1750*⁸⁾. Hobsbawm zeigt

4) Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1970, 397 S., kart. DM 28,— (übersetzt von Franz Becker).

5) *Das Kapital*, Bd. 1, Ausgabe Dietz-Verlag, Berlin 1951, S. 777.

6) *Kapital*, a.a.O., S. 791.

7) Vgl. Reinhard Kühnl: *Formen bürgerlicher Herrschaft*, *rororo* aktuell 1342/43, Reinbek 1971, S. 12, 167.

8) e s Bd. 315/316. Frankfurt 1969 (übersetzt von Ursula Margetts).

auf, daß hinter der industriellen Revolution im 18. Jahrhundert in England die Konzentrierung auf die kolonialen und „unterentwickelten“ Märkte in Übersee stand, die ihrerseits nicht möglich war ohne gewalttätige Politik mit den Mitteln des Staates. Auch in der zweiten Phase der Industrialisierung (1840—1895) hat der englische Kapitalismus, namentlich während der „Großen Depression“ (1873 bis 1896), auf diesen seinen traditionellen Ausweg zurückgegriffen: „Die wirtschaftliche (und zunehmend auch politische) Eroberung von bis dahin unausgebeuteten Gebieten der Erde; mit anderen Worten: der Imperialismus“ (Bd. 1. S. 134). Der Imperialismus, dem sich nun auch Großbritanniens Konkurrenten verschrieben, war für dieses Land also nichts Neues. Neu war jedoch die wachsende „Verschmelzung von Privatwirtschaft und staatlicher Subvention“: „Immer mehr wandte sich die Wirtschaft auf die eine oder andere Weise an den Staat, nicht nur, damit er ihr freie Hand ließe, sondern damit er sie schütze“ (Bd. 1. S. 134).

Über die Theorien und die Geschichte des modernen Imperialismus hat *Hans-Ulrich Wehler* in der Neuen Wissenschaftlichen Bibliothek, Abteilung Geschichte⁹⁾, einen Band von Aufsätzen zusammengestellt, die entsprechend dem Prinzip der Edition sämtlich schon an anderen Stellen erschienen, z. T. jedoch nur sehr schwer zugänglich waren. Überaus brauchbar und deshalb unentbehrlich für eine differenzierte Bestimmung des Verhältnisses von ökonomischen und staatlich-politischen Faktoren sind die in Wehlers Band enthaltenen Aufsätze über die Geschichte des Imperialismus. Die Beschränkung, die dem Herausgeber durch das Editionsprinzip auferlegt wurde, hat dagegen im Teil über die Theorien des Imperialismus dazu geführt, daß bedeutende Imperialismustheoretiker keine eigene (*Rudolf Hilferding*, *Rosa Luxemburg*) oder überhaupt keine (*Otto Bauer*, *Fritz Sternberg*) Darstellung gefunden haben. — Empfohlen hätte sich auch die Aufnahme des Aufsatzes von *Erich Preiser*: *Die Imperialismusdebatte* (1966), die nunmehr aber zugänglich ist in dem Sammelband von ausgewählten Arbeiten aus den Jahren 1924—1966, „Politische Ökonomie“, der nach seinem Tod (1967) herausgegeben wurde¹⁰⁾. Erich Preiser, einer der wenigen bürgerlichen National-ökonomien, die aus genauer Kenntnis der Texte eine methodisch vorbildliche Marx- und Marxismus-Interpretation zu leisten vermochten, versucht hier eine in Stil und Wortwahl unangestregte und deshalb verständliche kritische Abwägung einiger Theorien über den Imperialismus (G. Hildebrand, R. Hilferding, R. Luxemburg, J. A. Hobson).

Der bei Hobsbawm noch sehr allgemein behandelte Vorgang der „Verschmelzung“ von kapitalistischen Interessen und staatlicher Protektion (nach außen) und Subventionen (nach innen) während der „Großen Depression“ wirft die Frage auf, in welchen organisatorischen Formen, auf welchen politischen Ebenen, mit

9) Verlag Kiepenheuer & Witsch. Köln 1970, 465 S., Ln. DM 47,—, brosch. DM 26,—.

10) Herausgegeben von G. Preiser. C. H. Becksche Verlagsbuchhandlung. München 1970, 260 S., Paperback DM 11,80.

welchen Aktionsmitteln die gesellschaftlichen Träger des Kapitalismus ihre Interessen politisch durchsetzen.

Zu einer Antwort auf diese Fragen verhelfen Studien über die Verbände-Interessenpolitik im deutschen Kaiserreich. Zu der Festgabe für *Gert von Eynern* zum 65. Geburtstag¹¹⁾ hat *Wolfram Fischer* einen Aufsatz über „Staatsverwaltung und Interessenverbände im Deutschen Reich 1871—1914“ beigetragen. Seine materialreich erläuterte These ist, daß die Organisation, Funktion und Wirkungsweise von Interessenverbänden im Deutschen Reich 1914 bereits der Verfassung einer ausgebildeten (auf der Basis einer tendenziell pluralistischen Industriegesellschaft aufruhenden) parlamentarischen Demokratie entsprachen, „ohne daß diese Staats- und Regierungsform selbst schon vorhanden war“, vielmehr noch ein monarchisch-autoritärer Staat mit parlamentarischem Beisatz bestand.

Hieraus ließe sich gewiß die These ableiten, daß die Veränderungen an der realen sozioökonomischen Basis sich nicht unmittelbar umsetzen in institutionellen Überbau, Doch erlaubt das von Fischer und anderen präsentierte Material (s. die Literaturangaben bei Fischer) noch eine andere Interpretation, wie sie bei *Hans-Jürgen Puhle*¹²⁾ zu finden ist: nicht *obwohl* noch eine autoritäre Staats- und Regierungsform vorhanden war, sondern *weil* es nicht nur nicht eine parlamentarische Demokratie gab, sondern sogar ein Prozeß der Entmachtung des noch nicht an die Macht gekommenen Parlaments einsetzt, entstehen Verbände und Interessengruppen autoritär-plebiszitären Zuschnitts in Hinblick auf Mobilisierungspotential, Agitations- und Aktionsformen. Diese Gruppen sind der Ausdruck der angesichts der sich expansiv entfaltenden Produktivkräfte und der immer mehr gesellschaftlich werdenden Produktion partikular werdenden agrarisch-kapitalistischen Interessen; sie bekämpfen die parlamentarisch-demokratische Regierungsform, diese gewissermaßen vorwegnehmend, also ehe sie etabliert war, mit den ihr eigenen Mitteln: in Deutschland vor 1914 konnte „das plebiszitäre, direkt-demokratische Potential am wirksamsten von rechts mit der Spitze gegen die potentiellen Träger eines künftigen Parlamentarismus mobilisiert“ werden (Puhle, S. 363). Puhle hat diesen Vorgang detailliert beschrieben am Beispiel des Landbundes¹³⁾, der in Politik, Programmatik, Agitationsweise und gesellschaftlichem Bezugrahmen deutlich faschistische Strukturmerkmale aufwies und den traditionellen preußischen feudal-autoritär-ständischen Konservatismus tendenziell revolutionär, quasi-radikal-demokratisch, mittelständisch, antisemitisch, völkisch-nationalistisch, rassistisch-biologistisch überwucherte. Wer hieraus allgemeine

11) Carl Bohret, Dieter Grosser (Hrsg.): Interdependenzen von Politik und Wirtschaft. Beiträge zum politischen Wirtschaftsleben. Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1967, 638 S., kart. 88,60 DM. — Diese Festschrift verdiente eine umfassende Würdigung und nicht nur diesen Hinweis im Rahmen eines Literaturberichtes, weil sie Informationen und Interpretationen zu den hier erörterten Problemen über Ökonomische Determinanten der Politik und politische Determinanten der Wirtschaft gibt, die Im einzelnen hier nicht eingebracht werden können.

12) Parlament, Parteien und Interessenverbände 1890-1914 in: Michael Stürmer (Hrsg.): Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft, 1870-1918. Mit Beiträgen v. Josef Becker (u. a.). Droste-Verlag, Düsseldorf 1970, 448 S., Ln. 42,— DM.

13) Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893-1914). Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei. Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover 1967, 365 S., kart. 28,— DM.

Schlüsse ziehen möchte, dürfte sich an der These von Überbauphänomenen als materieller Gewalt gegenüber einer durch den Fortschritt der Produktivkräfte möglich werdenden emanzipatorischen Praxis orientieren können.

Betrachtet man die Entwicklung des Kapitalismus seit 1914 und konfrontiert sie mit den ihr jeweils gestellten Prognosen, so wird man auf sozialistischer Seite eine Unterschätzung der Perpetuierungsmöglichkeiten des Kapitalismus durch Anpassung an den Wandel der sozioökonomischen Bedingungen feststellen und eine Über- bzw. Fehleinschätzung des subjektiven Faktors revolutionärer Transformationsprozesse. Auf kapitalistischer Seite läßt sich ein Verlust an Naivität beobachten und in Zusammenhang damit verstärktes Bemühen um konzeptionelle Neuorientierungen. Ein kleines Lehrstück in dieser Hinsicht ist der Aufsatz von Preiser über „Wesen und Probleme der national-ökonomischen Theorie“ aus dem Jahr 1947 (Preiser, a.a.O. S. 141 ff.): Die Selbststeuerung der kapitalistischen Marktwirtschaft funktioniert nicht mehr; die Marktwirtschaft bedarf a) einer solideren sozialen Basis durch neue Prinzipien der Einkommensverteilung und b) ein gewisses Maß konjunktureller Wirtschaftslenkung (auch auf die Gefahr hin, daß der Staat seine Lenkungsmaßnahmen unnötig ausdehnt).

Reinhard Blum hat diesen konzeptionellen Neuorientierungen sowie Möglichkeiten und Maß ihrer Umsetzung in konkrete Wirtschaftspolitik nach 1945 in Westdeutschland eine umfassende Untersuchung gewidmet¹⁴). Er trennt begründet zwischen den Ordo-Liberalen und den Vertretern der „Sozialen Marktwirtschaft“. Einer der Unterschiede liegt in der Staatsauffassung: für das ordo-liberale Konzept ist konstitutiv ein starker, den chancengleichen Wettbewerb der Kräfte der freien Wirtschaft permanent veranstaltender und regulierender Staat; er ist der Vollstrecker der Ordnung der Freiheit, als deren Voraussetzung der Wettbewerb angesehen wird. Die Gefahr der Unterwerfung der freien Wirtschaft unter den Staat glaubt man begegnen zu können durch die Institution des Eigentums als Quelle der Unabhängigkeit und der wirtschaftlichen Sicherheit des Individuums. Für die Vertreter der „Sozialen Marktwirtschaft“ hat der Staat nur instrumentalen Charakter; er ist kein starker, sondern geradezu ein schwacher Staat insofern, als er gewissermaßen nur auf Anforderung der Kräfte der freien Marktwirtschaft in das Marktgeschehen eingreift, etwa um einen sozialen Interessenausgleich herbeizuführen oder marktgerechte Kreditpolitik zu treiben. — Blum, wie auch *Hans-Hermann Hartwich*¹⁵), haben das mühevoll auf sich genommen, das politische Gewicht der deutschen wirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen nach 1945 gegenüber den westlichen Siegermächten zu ermitteln (mühevoll deshalb, weil ungeheure Materialmassen verarbeitet werden müssen, wobei gleichzeitig methodisch Neuland betreten wird). Beide gelangen zu der Auffassung, daß sich das Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ durchsetzen konnte wegen seiner

14) Soziale Marktwirtschaft. Wirtschaftspolitik zwischen Neoliberalismus und Ordoliberalismus. Verlag J.C.B. Mohr. Tübingen 1969, 318 S., Ln. DM 51,—, brosch. DM 45,50.

15) Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher Status quo. Westdeutscher Verlag. Köln u. Opladen 1970, 461 S., Ln. DM 42,—, kart. DM 25,—.

weitgehenden Identität mit dem von der amerikanischen Besatzungsmacht vertretenen Modell des „sozialen Kapitalismus“. Alternative neo-marxistische oder freiheitlich-sozialistische Entwürfe¹⁶⁾, die vorübergehend von der englischen Besatzungsmacht protegiert wurden, blieben demgegenüber chancenlos.

Hartwich leistet nun auf der Basis dieser Ergebnisse eine hervorragende Analyse der dem „sozialen Kapitalismus“ entsprechenden Interpretationen der Sozialstaatsklausel des GG, wie sie nach 1949 durch die deutsche Staatsrechtslehre erfolgt ist. Er arbeitet dann die mit diesen Interpretationen übereinstimmende Bundesgesetzgebung der ersten drei Legislaturperioden zur Wirtschaftsfreiheit und zum Privateigentum auf. Das Ergebnis: Sozialstaatlichkeit wurde übersetzt in Schutz und Förderung des Mittelstandes, der durch ein gemeinsames „Standesbewußtsein“ zusammengehalten und sich als ein entsprechendes gesellschaftspolitisches System garantierend und „staatstragend“ erweisen sollte — zu Lasten der Allgemeinheit (vgl. Hartwich, z. B. S. 261, 262, 357).

Hieran ließen sich geschichtstheoretische Überlegungen anknüpfen, die freilich noch weiterer analytischer Absicherung bedürften. Es scheint so; als habe nach 1945 der deutsche Mittelstand, seinen katastrophalen Fehler von 1933 gewissermaßen selbst korrigierend, erneut über die emanzipatorischen Kräfte einen historischen Sieg errungen, der als anachronistisch zum Stand der Produktivkräfte zu begreifen wäre, und als habe er damit auch dem deutschen Kapitalismus den Weg zu einer nicht-faschistischen Lösung seines säkularen Dilemmas gewiesen.

Dieses deutsche Modell der „Sozialen Marktwirtschaft“ hat sich in den 60er Jahren zunehmend als obsolet erwiesen. Statt dessen wird vom „Geplanten Kapitalismus“ gesprochen, den *Andrew Shonfield* in einer schon 1965 in London erschienenen Studie untersucht hat¹⁷⁾. „Geplanter Kapitalismus“ — das heißt nach Shonfield: 1. gestiegener Einfluß der Behörden auf die Führung im Wirtschaftssystem; 2. Zunahme der Sozialstaatsfunktion; 3. Beschränkung der Marktfaktoren durch langfristig prognostiziertes, abgestimmtes Unternehmerverhalten; 4. Beschleunigte Durchführung technologischer Innovationen mit Hilfe öffentlicher Mittel; 5. Koordination des privaten und des staatlichen Sektors zum Zwecke langfristiger nationaler Planung. — Dieser Katalog spiegelt Shonfields Standort wider: es ist der eines aufgeklärten Keyneschen Kapitalismus, auf dessen analytisches und konzeptionelles Defizit *Kurt Tudyka*¹⁸⁾ schon aufmerksam gemacht hat: konstituierende Elemente des modernen Kapitalismus werden ausgespart: Rüstung, Forschungsinvestitionen und das übrige öffentliche Auftragswesen, ferner: Welthandel, internationale Kapitalbewegungen, die Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien. Shonfield selbst sieht als ungelöstes Problem des „geplanten Kapitalismus“, das dessen Prosperität im Wege steht: ein wirkungsvolles internationales Währungssystem (vgl. S. XXV).

16) Vgl. dazu die Darstellung dieses Konzepts bei Blum a.a.O., S. 13 ff.

17) Geplanter Kapitalismus. Wirtschaftspolitik in Westeuropa und USA. Mit einem Vorwort von Karl Schiller, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1968, 544 S., Ln. DM 48,— (übersetzt von Mathilde Carroui).

18) Vgl. seine Besprechung des Buches von Shonfield in: Politische Vierteljahresschrift H. 4, 1971, S. 650 ff.

Schon 1965, also noch vor dem Höhepunkt der Krise der „Sozialen Marktwirtschaft“, deutete Shonfield diese schon auf dem Wege zum „Geplanten Kapitalismus“. Er begründete das einmal mit der dominanten Rolle, die die Banken in der westdeutschen Wirtschaft seit 1945 als der machtvollste Faktor für die Zentralisierung der wirtschaftlichen Entscheidungen gespielt haben (vgl. S. 287, 293, 311, 323, 329); ferner mit der Mentalität des deutschen Unternehmers, der den Wettbewerb als selbstverständlich akzeptiert, aber ebenso kollektive Wirtschaftsentscheidungen, „wenn sie von den richtigen Leuten vorgeschrieben werden“ (S. 291); deshalb konnte sich auch *Ludwig Erhard* (entgegen der Doktrin!) erfolgreich der Autorität des Staates bedienen, um Unternehmerentscheidungen in seinem Sinne zu beeinflussen. Tudyka hat also völlig recht, wenn er darauf hinweist, daß schon vor *Karl Schiller* die Marktwirtschaft nicht mehr so naiv gewesen ist, wie sie dieser „aufgeklärte Ordo-Liberale“ darzustellen pflegte. Schiller stand mit seiner „Marktwirtschaft von links“ immer den Ordo-Liberalen näher als dem „Freiheitlichen Sozialismus“ (vgl. Blum, a.a.O. S. 287); dies macht auch sein Vorwort zu Shonfields Buch klar: Sein Staat, um nur auf diesen Aspekt aufmerksam zu machen, ist ein ordnungspolitisch motivierter Staat, der stark ist durch die Aufklärung und Orientierung der kommunizierenden und kooperierenden gesellschaftlichen Gruppen, die zu Trägern und Vollstreckern seiner aufgeklärten Wirtschaftspolitik avancieren.

Für emanzipatorisches Interesse stellt sich angesichts der in diesem Bericht vermittelten Ergebnisse die Frage, ob nicht der Kapitalismus ein immanent nicht aufbrechbares Kontinuum darstellt; daß deshalb emanzipatorisch gemeinte Transformationsstrategien, die auch (aber beileibe nicht nur) den staatlichen Eingriffen in die Gesellschaftsstruktur eine qualitativ verändernde Funktion beimessen wollen, letztlich der Zielprojektion nicht adäquat sein können, sozialdemokratisch-reformistische Illusion sind, wie *Hans-Dieter Bamberg*¹⁹⁾ an Hartwachs immanent-alternativem Sozialstaatsmodell kritisiert. — Hartwachs Antwort steht schon in seinem Buch: gewiß wäre die theoretisch konsequenteste gesellschaftspolitische Alternative die (allerdings nur außerhalb der Rechtsstaatlichkeit des Grundgesetzes durchsetzbare) „Beseitigung der privatwirtschaftlichen Profitorientierung als dem zentralen Mechanismus kapitalistischer Produktionsverhältnisse“. Aber: „Dieses Fazit ist jedoch für diejenigen zu einfach, dem es um die Verwirklichung gesellschaftspolitischer Alternativen in dieser Generation geht“. (S. 360 f.) Wer dies will, dem stellt sich eben u. a. auch die Aufgabe, aus einer dialektischen Perspektive den Doppelcharakter auch des Staates, des Sozialstaates insbesondere, zu begreifen: seine Funktion als ein komplexes Instrumentarium zur Selbststabilisierung der privatkapitalistischen Industriegesellschaft, aber auch seine sozial-emanzipatorisch zu instrumentalisierende Qualität.

19) Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher Status quo, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* H. 7, 1971. — Vgl. für die weitgehende Übereinstimmung mit Hartwich — analytisch und strategisch —, Helga Grebing: *Konservative gegen die Demokratie. Konservative Kritik an der Demokratie in der Bundesrepublik*. Frankfurt 1971.